

An die  
Mitglieder der Redaktionen  
von Presse und Rundfunk  
in Freiburg

Rathausplatz 4  
79098 Freiburg

Telefon 0761 / 201-1810  
Fax 0761 / 3 08 61  
E-Mail: [CDU-Fraktion@Stadt.Freiburg.de](mailto:CDU-Fraktion@Stadt.Freiburg.de)  
[www.cdu-fraktion-freiburg.de](http://www.cdu-fraktion-freiburg.de)

Ansprechpartner:  
**Gerold Wißkirchen**  
Fraktionsgeschäftsführer

# PRESSEMITTEILUNG

vom 20. Oktober 2009

## **„Chancen für die Kinder nicht verbauen“ CDU steht zum Ausbau der Werkrealschule Scharfe Kritik am „unsozialen Blockade-Kurs der SPD“**

**„Wir dürfen den Ausbau der Werkrealschule in Freiburg nicht gefährden“, der Fraktionsvorsitzende der Christdemokraten im Freiburger Gemeinderat sieht daher dringenden Entscheidungsbedarf am 15. Dezember im Gemeinderat. Plänen der SPD, diese Entscheidung zu blockieren erteilte er eine klare Absage: „Diese parteipolitischen Spielchen machen wir nicht mit“. Die Kinder an den Freiburger Hauptschulen hätten ein Recht darauf, dass sie optimal gefördert werden und nicht ihrer Chancen beraubt werden.**

Die CDU hatte sich am letzten Montag intensiv mit Experten ausgetauscht und viele Gespräche mit Schulleitern, Lehrern und vor allem betroffenen Eltern geführt. Eines wurde dabei deutlich: „ Es gibt derzeit keine Alternative zur zweizügigen Werkrealschule in Freiburg“, so die bildungspolitische Sprecherin der CDU, Dr. Sylvie Nantcha. Grund sei, dass das Angebot an Wahlpflichtfächern in den Klassen 8 und 9 möglichst breit gefächert sein sollte. Diese dienen der optimalen Vorbereitung auf die Berufswahl. „Es müssen die drei Bereiche Natur und Technik, Wirtschaft und Informationstechnik sowie Gesundheit und Soziales abgedeckt werden“, so Dr. Nantcha „Wir können doch nicht wie früher eine Schülerin, die Krankenschwester werden will zuerst mal zum Feilen-Lernen an den Schraubstock stellen“. Außerdem werden sich Kinder von der 5. bis zur 10. Klasse Stufe für Stufe und in enger Kooperation mit Elternhaus und Wirtschaft mit ihrer Berufsorientierung und Lebensplanung befassen. Vor Ort müssen Schülerinnen und Schüler regelmäßig in den Unternehmen ihre Fähigkeiten unter Beweis stellen können. Dadurch erhöhen sie ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz sehr.

Deutlich wurde in der Debatte um die Werkrealschule in Freiburg, dass in nahezu allen derzeit bestehenden Hauptschulen in der Stadt schon jetzt sehr gute Arbeit geleistet werde. „Durch die unterschiedlichen und innovativen Schulprofile, engagierte Lehrer und nicht zuletzt durch den vom Gemeinderat beschlossenen Wegfall der Schulbezirke ist Freiburg schon jetzt gut aufgestellt“, betonte auch Bernhard Schätzle MdL, Mitglied im Schulausschuss der Stadt. „Die Arbeit der Freiburger Hauptschulen in den bisherigen einzügigen Werkrealschulen in unterschiedlichen Profilen wird nun durch die Werkrealschule in idealer Weise fortgeführt.“ Schätzle wies darauf hin, dass nach abgeschlossener Werkrealschule nach nur einem Jahr der Abschluss in der Berufsfachschule möglich ist.

„Diese Chancen für die vielen Hauptschüler in Freiburg dürfen wir nicht verspielen“, so Wendelin Graf von Kageneck. Der Fraktionsvorsitzende kritisierte die „Blockadepolitik der SPD“ scharf. Diese hatte einen Antrag initiiert, der eine Absetzung des kompletten Themas „Werkrealschule“ von der Tagesordnung des Gemeinderats zum Ziel hatte. „Wenn dieser Antrag eine Mehrheit findet, heißt dies, dass in keiner Freiburger Schulen eine Werkrealschule neuen Typs eingeführt werden kann. Denn die Frist zur Einreichung der Anträge beim Regierungspräsidium für das nächste Schuljahr läuft am 15. Dezember aus. Viele Schulen wollen jedoch diese neuen Chancen für ihre Schülerinnen und Schüler wahrnehmen.“

So sei die Lage an der Vigeliusschule, Karlschule, Albert-Schweitzer-Schule und der Staudinger-Gesamtschule eigentlich klar. „Diese Schulen müssen ihr mit viel Engagement ausgearbeitetes Konzept auch in die Tat umsetzen können“, so Wendelin Graf von Kageneck. Aber auch die Gerhart-Hauptmann-Schule und Hebelschule hätten –sofern die Schülerzahlen ausreichen – ein Recht auf die zusätzlichen Ressourcen vom Land um die bessere Förderung der Kinder umzusetzen. Der Verbund der Emil-Gött-Schule mit Gundelfingen und ein weiterer Verbund in Freiburg, der gewährleiste dass die Schülerinnen und Schüler der Tunibergschule und Turnseeschule ebenfalls die Chance auf bessere Förderung und Berufsvorbereitung erhalten, müsse jetzt offen diskutiert werden. „Wir wollen die Werkrealschule in ganz Freiburg einführen“. Wenn der aus CDU-Sicht notwendige Konsens der Schulen hierzu allerdings nicht gelinge, müssten zumindest für die Schulen, bei denen ein klarer Weg vorgezeichnet ist, der Antrag an das Land gestellt werden. „Ausgerechnet die Kinder an den Freiburger Hauptschulen zu Leidtragenden

einer parteipolitischen Debatte zu machen ist in hohem Maße unsozial“, so das Urteil des CDU-Fraktionsvorsitzenden über die SPD-Blockade.

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Dr. Sylvie Nantcha, kritisierte jedoch die Kommunikation des Schuldezernats mit den Schulen. „Spätestens seit Frühjahr diesen Jahres waren die Eckpunkte der Werkrealschule klar, es hätte viel frühzeitiger mit den Eltern, Lehrern, Stadtteilen und Vertretern der Wirtschaft gesprochen werden müssen“, so die Bildungspolitikerin. Denn es sei zwingend notwendig, dass diese bei der konzeptionellen Arbeit mit einbezogen werden. „Die Werkrealschule funktioniert nur, wenn alle an einem Strang ziehen“. Dr. Nantcha wies zudem auf die notwendige Bereitschaft der Freiburger Betriebe hin, die Betriebspraktika anbieten müssten und generell eine enge Kooperation mit den Schulen eingehen sollten. „Dort werden wichtige persönliche Kontakte geknüpft, die Jugendlichen können Kompetenzen zeigen und auch die schulische Motivation und Lernbereitschaft profitiert davon. Wir wollen die Erziehungspartnerschaft mit Leben erfüllen“, so Dr. Nantcha. Dazu gelte es aber, die Unsicherheit in der Bevölkerung über die Zukunft der Hauptschule abzubauen. „Die Voraussetzung für das Gelingen ist eine enge Verzahnung der Schulen mit Elternhaus und allen an der beruflichen Orientierung beteiligten Partnern und Institutionen, somit auch mit dem Gemeinderat.“ erklärt Dr. Nantcha. Die Gemeinden March, Teningen und Bötzingen hätten sich letztes Jahr intensiv und erfolgreich mit diesem Thema in verschiedenen Foren befasst. Der Gemeinderat in March habe sogar extra zu diesem Thema eine Klausurtagung abgehalten. Die CDU-Stadtratsfraktion Freiburg hat daher einen Brief an Bürgermeisterin Stuchlik geschrieben, mit der Bitte, dringend vor der Gemeinderatsentscheidung am 15. Dezember ein stadtweites öffentliches Bürgergespräch zum Thema Einführung der Werkrealschule in Freiburg mit Experten zu organisieren.

Die CDU selbst wird sich noch vor der Entscheidung im Gemeinderat im Rahmen einer Diskussion mit Eltern, Lehrern, Schulleitungen, Vertretern der Wirtschaft, Stadtteilen und den Bildungspolitikern im Land ein differenziertes Bild von der Situation an den einzelnen Schulen machen. „Wir suchen den offenen Dialog mit allen, zum Wohl der Schülerinnen und Schüler in unserer Stadt“, so Dr. Nantcha.